

Diagnose einer »reflexiven Moderne«, die Zukunftsoffenheit und Gestaltungsoptionen reklamiert. Unter der Headline »Sicherheitsgesellschaft« (Kapitel 6) diskutiert Bogner dann David Garlands (geb. 1955) Analyse der neuen Überwachungs- und Kontrollpraxen spätmoderner, neoliberaler Gesellschaften. Diese treten an die Stelle normativer Integrationsstrategien in der Auseinandersetzung mit Devianz und Kriminalität und verweisen auf den Wandel vom Paradigma der Resozialisierung zur Kontrollkultur und einem »technologisch geprägten Risikomanagement« (Überwachungskameras).

Eine gute Orientierung bietet die Sichtung der Diskurse um die »Bürgergesellschaft« (Kapitel 7), denn hier bündelten sich wie in einem Brennglas historische Erfahrungen, politisch-normative Fragestellungen, gesellschaftliche Entwicklungsperspektiven. Bogner legt die Schichten frei: Die Bürgergesellschaft war historisch (Tocqueville, Locke) und in republikanischer Tradition ein Gegenüber zum Staat. Ende des 20. Jahrhunderts kommt der Begriff unter »disparaten Vorzeichen« wieder in Mode. Es werden jetzt unterschieden: »bürgerliche Gesellschaft, Zivilgesellschaft und Bürgergesellschaft« (S. 115). »Zivilgesellschaft« verweise auf Reformbedarf und Demokratisierungspotenziale der Demokratie (z.B. »Mehr Demokratie wagen«) im Kontext der neuen sozialen Bewegungen der 1970er und 1980er Jahre. Der Begriff »Bürgergesellschaft« dagegen ist »politisch-normatives Leitideal« (Ralf Dahrendorf 1992), mit dem bürgerschaftlichen Engagement als tragendem Element. Dieses erhält heute, wie die Darstellung Bogners

**Zur rechten Zeit im Augenblick des öffentlichen Skandals eingestandener Fehleinschätzungen buchstabiert der Erwachsenenbildner Klaus Ahlheim in einem aktuellen Essay die Versäumnisse der Politik und ihrer Unterschätzung der politischen Bildung durch.**

herausarbeitet, angesichts der Krise des Sozialstaates eine neue Bedeutung und Plausibilität. Zugleich zeigten sich Gefährdungspotenziale der Bürgergesellschaft auf unterschiedlichen Ebenen.

Die »McDonaldisierung« (George Ritzer), Chiffre für eine »durchrationalisierte Gesellschaft« (Kapitel 8), für die Standardisierung wie für »ausuferndes Effizienz- und Kontrolldenken« (S. 134), ist die nächste Diagnose (Stichworte: Fastfoodrestaurants, Ikea usw.). Diese sehr alltagsnahe Gesellschaftsdiagnose bindet Bogner durchaus erhellend an die Theorie der Bürokratisierung von Max Weber zurück, stellt Bezüge her zum Taylorismus, zur sog. »wissenschaftlichen Betriebsführung« und zum Thema »Selbstkontrolle« als dem Signum des »Prozesses der Zivilisation« (Norbert Elias). Die Strategie des Qualitätsmanagements hätte der Autor durchaus ergänzen können.

Die beiden abschließenden Kapitel skizzieren die Diagnosen der »ökologischen Gesellschaft« und der »Wissengesellschaft«. Der ökologische Diskurs und die Umweltproteste werden von Bogner mit Niklas Luhmanns systemtheoretischen Modell als »ökologische Kommunikation« gefasst. Mit dem

Thema »Wissengesellschaft« stellt Bogner eine der heute einflussreichsten Selbstbeschreibungsformeln vor, die auch der Lissabon-Strategie der EU (2000) zugrunde liegt, die Wettbewerbsfähigkeit durch Wissensbasierung postuliert. In diesen Gesellschaften wird, so führt der Autor aus, die »relevante Expertise in allen Bereichen der Gesellschaft unter Beteiligung potenziell aller«, also »polyzentrisch« (S. 186), produziert – nicht nur im Wissenschaftssystem.

Hier liegt ein dichtes Buch vor, reich an Facetten und Bezügen. Es schafft hilfreiche Orientierung in der Unübersichtlichkeit von Trends und Gesellschaftsdeutungen, bietet aber auch originelle Verknüpfungen, öffnet theoretische Ansätze und Diskurse und ist überaus spannend zu lesen.

Petra Herre

## POLITISCHE BILDUNG

Klaus Ahlheim

### Rechtsextremismus, Ethnozentrismus, Politische Bildung

Hannover (Offizin, Kritische Beiträge zur Bildungswissenschaft, Hg. Klaus Ahlheim, Band 8) 2013, 99 S., 9.80 Euro

Rechtsextremismus ist keine Randerscheinung, sondern entsteht in der gesellschaftlichen Mitte. Nur deshalb lässt sich politische Bildung »gegen rechts« betreiben. »Dummheit kann man nicht verbieten« – wie es Minister Philipp Rösler jüngst in der gegenwärtigen NPD-Verbotsdebatte knackig, aber reichlich von oben herab formulierte –, »Dummheit« lässt sich aber aufklären, das wäre seiner Formulierung mindestens hinzuzufügen. Denn »dumm gelaufen« ist auch die Mordserie der NSU-Gruppe mitten in der Gesellschaft, in den politischen Institutionen und ermittelnden Behörden wurden sie nicht als solche wahrgenommen. Die Morde konnten jahrelang unentdeckt bleiben, weil rechtsextremes Denken und Handeln von der gesellschaftlichen Mehrheit exterritorialisert und verharmlost wird. Nicht anders im Falle des norwegischen Massenmörders Breivik, der als Einzeltäter und Psychopath politisch entkernt wird: seine mitgelieferte Botschaft von Feindseligkeit gegenüber Islam und Marxismus, seine vermeintliche Rettung des Abendlandes wird aus dem Kontext systematisch isoliert und unterschätzt. »Die Dummen« sollen nach gängiger Meinung eben immer nur wenige und vor allem irgendwelche »anderen« sein, mit denen man selbst nichts zu tun hat – ein gewaltiges und folgenreiches Vorurteil.

Zur rechten Zeit im Augenblick des öffentlichen Skandals eingestandener Fehleinschätzungen buchstabiert der Erwachsenenbildner Klaus Ahlheim in einem aktuellen Essay die Versäumnisse der Politik und ihre Unterschätzung der politischen Bildung durch. Von dieser wird kaum ein ernsthafter und substanzieller Beitrag im gesellschaftlichen Konflikt erwartet, politischer Bildung wird wenig bis gar nichts zugetraut. Politische Bildung führt selbst eine randständige Nischenexistenz in der pädagogischen Wissenschaft, in Schulen, Hochschulen und gesellschaftlichen Gruppen. Notorisch unterfinanziert und

eingeschränkt von knappen öffentlichen Geldmitteln – stellvertretend genannt sei die ministeriale »Extremismusklausel« – wird sie höchstens als »Feuerwehr« instrumentalisiert verstanden, statt dass sie als eine unerlässlich notwendige Bühne lebendiger demokratischer Auseinandersetzung, Aufklärung und Willensbildung aktiv und dauerhaft gefördert würde.

Die schlechten Rahmenbedingungen für politische Bildung sind nur ein Aspekt der Erörterung, Ahlheim nennt sie aus eigenen durchgeführten empirischen Untersuchungen zur »Bildungslandschaft«. Zentraler wendet er sich aber der inhaltlichen Frage zu, wie politisches Lernen gegen historisch wandelbare rechtsextreme Weltanschauungen stattfinden kann, wie »die Ideologie der Ungleichheit, des Ethnozentrismus, Geschichtsrevisionismus und Gewaltakzeptanz« (S. 9) zu thematisieren sind. Unverzichtbar erscheint ihm ein Verständnis von Aufklärung, welches die Selbstaufklärung, die Hinwendung auf das lernende Subjekt einschließt. Fremdenfeindlichkeit, Nationalismus oder ethnozentrische Identifizierungen, Antisemitismus und religiöse Vorbehalte etwa gegenüber dem Islam geben gesellschaftlich relevante kollektive Haltungen wieder und korrespondieren immer mit Meinungen, Auffassungen, Einstellungen einzelner Individuen, welche diese in ihrer Lebens-, vor allem Erziehungs- und Bildungsgeschichte erworben haben. Nie verstehen sich Vorurteile »einfach« von selbst, sind schicksalhaft oder naturwüchsig anzunehmen. Sie haben eine Geschichte und stellen vielleicht »dunkle«, weil undurchschaute, aber eben allemal aufklärbare »Lernbarrieren« dar. Als solche sind sie in Veranstaltungen des politischen Bildungsprozesses zentral einzubeziehen.

In solchen als »Dummheit« denunzierten Vorurteilen treten gegenwärtige gesellschaftliche Konflikte und Krisen im Individuum maskiert hervor: Stärke, Gewalt, Überlegenheit, Stolz und Entschiedenheit verdecken ja nur mühsam die schwer zu verarbeitenden Gefühle von Ohnmacht, Überwältigung und Abhängigkeit. Diese Zusammenhänge nicht zu denken und nicht zu thematisieren ist unverantwortlich, weil unpolitisch: Rechtsextremismus in Denken und Handeln ist aber genau aus diesem Stoff gemacht.

Ahlheims engagiertes Plädoyer für »einen langen Atem«, den politische Bildner benötigen, knüpft nicht zufällig an die heute gerne unterschätzten kritischen Theoretiker wie Adorno und Horkheimer an. Auch sie verstanden in den fünfziger Jahren politische Bildung als originären Eingriff in ein »gesellschaftlich-kulturelles Klima«, das erheblich darüber mitentscheidet, »ob rechtsextreme Welt- und Feindbilder latent bleiben oder sich in aggressivem Hass gegen alles Andere und Fremde entladen« (Ahlheim, S. 99). Dieser aktualisierende Rückgriff macht den Band in der gegenwärtigen Auseinandersetzung ebenfalls spannend und lesenswert.

Thomas Kuchinke

## ZIONISMUS



Shlomo Sand

### Die Erfindung des Landes Israel – Mythos und Wahrheit

Berlin (Propyläen) 2012, 396 S., 22,90 Euro

Israel ist heute ein hoch militarisierter Frontstaat, der im Innern wie Äußern auf Kritik an seiner Politik mit aller Schärfe reagiert. Seine Repräsentanten

entdecken rasch Antisemitismus und ordnen kritische Stellungnahmen, wenn sie von außen kommen, in die konstante Existenzbedrohung ihres Staatsgründungsprojekts ein. Bemerkenswert ist aber, dass zu den radikalsten Kritikern gerade israelische Staatsbürger gehören, z.B. Wissenschaftler wie Ilan Pappé, Shlomo Sand oder Moshe Zuckermann. Pappé hatte vor Jahren den staatlichen Gründungsakt Israels als »ethnische Säuberung Palästinas« eingestuft (vgl. die Rezension in: EB 4/07). Diese Fundamentalkritik setzt jetzt der Historiker Sand von der Universität Tel Aviv fort, der bereits mit der Studie »Die Erfindung des jüdischen Volkes« (Berlin 2010) Aufsehen erregt hatte.

Sand knüpft dabei an den Topos von der »Erfindung der Nation« an, der seit einiger Zeit in der Politikwissenschaft diskutiert wird und vor allem durch das gleichnamige Buch des amerikanischen Politikwissenschaftlers Benedict Anderson bekannt wurde. In Deutschland hat dazu Herfried Münkler mit seiner Veröffentlichung über »Die Deutschen und ihre Mythen« (Berlin 2009) einen viel beachteten Diskussionsbeitrag geliefert. »Politische Mythen«, so Münkler, »binden und mobilisieren Loyalitäten, ohne die eine auf Opferbereitschaft gegründete politische Handlungsfähigkeit nicht herzustellen ist.« Die Nation ist demnach ein Werk politischer Gewalt, das sich auf Gründungsmythen beruft oder sie schafft, »um die Motivation

**Die Sehnsucht nach Zion sei eher als ein »innerlicher spiritueller Zustand« zu betrachten.**

und Bereitschaft der Menschen, größere Belastungen auf sich zu nehmen«, am Leben zu erhalten. Dies sind Thesen, die auch in die Debatten der politischen Erwachsenenbildung über Nation und Kosmopolitismus Eingang gefunden haben.

Shlomo Sands Studien bewegen sich auf der Linie einer solchen politischen Entmythologisierung, sie bieten aber keine einfache Lektüre. Einerseits sind sie, wie er im Vorwort zur deutschen Ausgabe des ersten Buchs betont, »in erster Linie für ein israelisches Publikum geschrieben, sowohl für diejenigen, die sich als Juden sehen, als auch für jene, die zu den Arabern gerechnet werden«. Der Autor versteht sich als intervenierender Wissenschaftler, er will auf die demokratischen Defizite des Staates Israel, der sich eben nicht als Repräsentant aller seiner Bürger begreife, aufmerksam machen und Auseinandersetzungen anstoßen. Dafür sieht er – bei aller Staatskritik – gute Chancen, denn in Israel existiere »ein pluralistischer Liberalis-